

**REDE VON CATHERINA PIEROTH ZUR PRIORITÄT DER FDP „ÄNDERUNG DER ZWEITEN SARS-CoV-2-INFektionSSCHUTZMAßNAHMENVERORDNUNG“ IN DER PLENARSITZUNG VOM 20.05.2021**

*\*\*\* Es gilt das gesprochene Wort \*\*\**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Eines vorab: Den Berlinerinnen und Berlinern am Wochenende erster Öffnungen mit Vokabeln wie Öffnungsexzesse, Planwirtschaft und Ruin zu begegnen, halte ich zwar für selbstdarstellerisch sehr wertvoll, aber völlig unangemessen.

Die Inzidenzwerte in Berlin sinken stark, wir haben fast 1 000 Coronateststellen wo sich jede und jeder kostenlos testen lassen kann. Viele Menschen konnten schon geimpft werden, und die meisten halten sich an die Abstands- und Hygieneregeln. Das alles bedeutet, wir fahren genau richtig damit, die Maßnahmen stufenweise und immer angepasst an das, was geht zu lockern.

Lieber Herr Czaja Junior!

Das, was Sie hier fordern, ist bereits auf dem Weg. Die Personenobergrenzen für Veranstaltungen im Freien und in geschlossenen Räumen werden kontinuierlich und stufenweise erhöht.

Wir wissen, dass das Ansteckungsrisiko draußen viel geringer ist als drinnen. Deswegen gehen wir den Weg, dass wir klar sagen: Draußen vor drinnen! – Nach dem Lockdown ist die erste Stufe der Lockerungen mit der Öffnung der Außengastronomie, von Schwimmbädern und Kulturangeboten ein wichtiges Signal vor allem an die Berlinerinnen und Berliner, die sich an die Regeln halten. Das Gebot, den Biergarten nur mit negativem Test zu besuchen, halten wir für wichtig. Das ist eine vertretbare Hürde, die den Besuch für alle sicherer macht, und es ist gut, wenn sich die Menschen regelmäßig testen lassen. So können wir auch asymptomatische Coronafälle entdecken und Ansteckungen weiterhin verhindern.

Um in diesen Tagen die nötige Distanz unbürokratisch umsetzen zu können, appellieren wir Grüne an die Bezirke, die Anträge auf Ausweitung der Stellflächen im Freien zu genehmigen und auf Sondernutzungsgebühren zu verzichten. Dafür haben sich unsere Senatorinnen Ramona Pop und Regine Günther seit Langem eingesetzt. Das ist wichtig, um der gebeutelten Clubkultur und Gastroszene entgegenzukommen.

Auch touristische Übernachtungen werden bald wieder möglich sein, liebe FDP, allerdings mit Grenzen für die Belegung, denn wir haben gelernt: Zurück zur Normalität, das geht nur stufenweise, das heißt, angepasst an das, was geht, und an das, was wir uns zumuten können.

Ja, die Belastung der Berlinerinnen und Berliner ist enorm. Wir dürfen jetzt aber vor allem eines nicht vergessen: Die Impfung der vulnerablen Gruppen! –Zu viele Menschen fühlen sich durch die aus meiner Sicht vorschnelle Aufhebung der Priorisierung vergessen und hilflos. Das darf bei allen Diskussionen um die Öffnung und Lockerung nicht untergehen. Da muss jetzt dringend etwas passieren.

Mit den vorliegenden Coronaverordnungen sollen die Einschränkungen der Besuchsmöglichkeiten in Krankenhäusern fortgeschrieben werden. Patienten und Patientinnen können nach wie vor nur eine Person für eine Stunde am Tag empfangen. Wir sind alle soziale Wesen und wissen, wie wichtig der persönliche Kontakt und ein vertrautes Gespräch sind, gerade in schwierigen Situationen, wie es im Krankenhaus der Fall ist. Auch dieses Besuchsrecht darf weiterhin eingeschränkt oder sogar ganz verboten werden. Da muss ich ganz ehrlich sagen: Ein riesengroßes Schild mit der Aufschrift „Besuchsverbot“ am Haupteingang eines Krankenhauses erweckt den Eindruck, als würde hier doch recht pauschal geurteilt werden.

Ich erwarte von den Krankenhäusern, den Gesundheitsämtern und der Gesundheitsverwaltung, die die Gefährdungseinschätzung vornimmt, dass sie einen guten Weg zwischen dem nötigen sozialen Miteinander auf der einen und dem Infektionsschutz auf der anderen Seite finden auch. Betroffen sind ebenso zahlreiche Menschen mit Behinderungen, die weiterhin nur sehr eingeschränkt Besuch bekommen dürfen. Man muss es leider klar so sagen: Das geschieht nicht zuletzt, weil in der Eingliederungshilfe zu langsam und zu wenig geimpft wurde. – Deshalb unser Appell: Die Impfungen müssen jetzt zeitnah und flächendeckend abgeschlossen werden. Wir tragen die Verordnung jetzt so mit, aber ich setze mich dafür ein, dass wir heute möglichst das letzte Mal darüber abstimmen müssen.

Bei allen Lockerungsdebatten und so sehr wir uns alle auf einen Besuch im Biergarten freuen, müssen wir unser Versprechen halten, Kinder und Jugendliche bei den Lockerungen prioritär zu behandeln. Kinder und Jugendliche haben im vergangenen Jahr zu viele Entbehrungen erlebt. Sie haben sich solidarisch mit den Älteren gezeigt. Bei vielen hat die Isolation auch psychische Auswirkungen. Es geht nicht nur um das Lernen, sondern es geht auch um das soziale Miteinander, das für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen so wichtig ist. Ja, die Sommerferien sind nah, aber jeder Tag Präsenzunterricht zählt. Frau Scheeres! – Da ist sie. – Geben Sie sich einen Ruck, und machen Sie sich an die Arbeit! Oder wollen Sie, dass uns die nächste Verfassungsklage jetzt auch noch um die Ohren fliegt.

Wir Grünen plädieren dafür, bei weiter sinkender Inzidenz auch vor den Sommerferien im Rahmen weiterer Lockerungen zum kompletten Präsenzbetrieb zurückzukehren, so wie es zum Beispiel in Brandenburg geplant ist.

Natürlich mit täglichen Tests und Hygienemaßnahmen! Das sind wir unseren Berliner Kindern und Jugendlichen jetzt wirklich schuldig.

Danke schön!